

# KLUBReport

Information des Freiheitlichen Landtagsklubs  
Herrengasse 16/2, 8010 Graz

Mag. Stefan Hermann, MBL  
Gf. Klubobmann

Mario Kunasek  
Klubobmann

i

Der aktuelle Klubreport beschäftigt sich wieder mit den wichtigsten freiheitlichen Themen der letzten Landtagssitzung. So befragte man Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer zu einer möglichen Schließung der Bezirksgerichte in Schladming, Murau und Mürzzuschlag. Dies geht aus einem Bericht des Justizministeriums hervor, welcher der steirischen FPÖ vorliegt. Angesichts der Schließungswut von ÖVP und SPÖ, der Spitäler, Polizeidienststellen, Schulen, Postfilialen und Nahversorger zum Opfer gefallen sind, ist ein weiterer Kahlschlag im ländlichen Raum nicht hinnehmbar.

Weiters thematisierte man die gravierenden Folgen des generellen Rauchverbots im Rahmen einer Aktuellen Stunde. Das gegen die Stimmen der FPÖ im Nationalrat beschlossene Rauchverbot stellt die heimische Gastronomie zum wiederholten Male vor eine gewaltige Belastungsprobe. Durch die neue Regelung ist mit großen Einbußen zu rechnen, wodurch das „Wirtesterben“ in der Steiermark massiv vorangetrieben wird.

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt war der Klimawandel. Dabei forderten die Freiheitlichen den Landtag auf, sich gegen eine Klimahysterie auszusprechen und stattdessen den Klimaschutz weitsichtig durch nachhaltige, positiv wirksame Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs sowie erneuerbarer Energiequellen zu betreiben.

LANDTAGSSITZUNG VOM 15. OKTOBER 2019

## Drei steirische Bezirksgerichte von Schließung bedroht!



Aus einem den steirischen Freiheitlichen vorliegenden **Bericht des Justizministeriums** geht hervor, dass die **Bezirksgerichte Schladming, Murau und Mürzzuschlag vor** der **unmittelbaren Schließung** stehen könnten. Dies nahm die FPÖ zum Anlass, in der Landtagssitzung eine Dringliche **Anfrage** zu diesem Thema **an ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer** zu richten. Angesichts der Tatsache, dass der **ländliche Raum** in den letzten Jahren **massiv durch schwarz-rote Wegrationalisierungen gelitten** hat, wäre das der nächste Schlag für die betroffenen Regionen. Um ihren Ansinnen Nachdruck zu verleihen, starteten die steirischen Freiheitlichen **Bürgerinitiativen gegen die Schließungen** der drei Bezirksgerichtsstandorte. Landeshauptmann Schützenhöfer beteuerte in seiner Anfragebeantwortung, der Schließung der drei Bezirksgerichte **keinesfalls zuzustimmen**. Der **freiheitliche Antrag**, dass sich die Landesregierung bei der Bundesregierung für die **Aufrechterhaltung der drei Gerichtsstandorte** und die hierfür notwendigen **infrastrukturellen Investitionen** einsetzen möge, wurde erfreulicherweise **ein-stimmig angenommen**.



## Absolutes Rauchverbot stellt die Gastronomie vor eine gewaltige Belastungsprobe!

Das sogenannte „**Nichtraucherschutzgesetz**“, welches im Juli dieses Jahres gegen die Stimmen der FPÖ im Nationalrat beschlossen wurde, **tritt mit 1. November 2019 in Kraft**. Folglich darf in gastronomischen Betrieben sowie an allen öffentlichen Orten, wo Speisen und Getränke hergestellt oder konsumiert werden, nicht mehr geraucht werden. Darunter fallen nicht nur Gasthäuser und Lokale sowie Diskotheken, sondern auch Kirtage, Festzelte und Feuerwehreffeste. Das Verbot gilt auch für Shishas und E-Zigaretten, ausgenommen sind nur noch Gastgärten. Durch diese undurchdachte neue Gesetzeslage wird die **rauchende Kundschaft vor die Türe gesetzt**, wodurch **mit massiven Einbußen zu rechnen** ist. Den Österreichern wird einmal mehr ein Stück Freiheit und Kultur genommen, gleichzeitig der **Wirtschaft geschadet** und **tausende Arbeitsplätze vernichtet**. Die steirischen Freiheitlichen thematisierten daher die gravierenden Folgen des generellen Rauchverbots im Rahmen einer Aktuellen Stunde. **Leider bewirkten weder die freiheitlichen Warnungen** vor den Folgen **noch konstruktive Vorschläge** zur gesetzlichen Ausgestaltung von klaren Ausnahmeregelungen **einen Sinneswandel bei den steirischen Regierungsparteien**.



## Freiheitliche fordern Klimaschutz statt Klimahysterie!

Die letzten Monate waren geprägt von einer Klimahysterie, die von verschiedensten politischen Akteuren befeuert wurde. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die **Ausrufung eines sogenannten Klimanotstandes nicht zu einer Verbesserung des Klimas führen** wird. Auch die **im Raum stehende Einführung weiterer Belastungen für die heimischen Arbeitnehmer** in Form von neuen Steuern, wie beispielsweise einer CO<sub>2</sub>-Steuer, steht in keinem Verhältnis zu den dadurch erwartbaren geringen Auswirkungen auf das Weltklima. Aus freiheitlicher Sicht müssen stattdessen wirksame positive Maßnahmen entwickelt werden, mit denen angesichts des hohen Anteils an Kohlenstoffdioxid in unserer Atmosphäre der CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert werden kann.



In dieser Hinsicht darf aber auch der Blick auf die vorherrschende Realität nicht verweigert werden: **Ohne Einbindung der Wirtschaftsmächte USA oder China** wird eine **CO<sub>2</sub>-Reduktion** in Österreich und Europa **keine nachhaltigen Erfolge** bringen können. Wichtige umweltpolitische und klimaschützende Maßnahmen, die Österreich und die Steiermark setzen können, liegen etwa im umfangreichen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dessen Attraktivierung für Pendler oder der bestmöglichen Nutzung heimischer erneuerbarer Energiequellen. **Daher forderte die FPÖ den Landtag auf**, den **Klimaschutz durch nachhaltige und wirkungsvolle Maßnahmen zu betreiben**, ohne dabei **österreichische Arbeitsplätze zu gefährden** sowie sich **gegen die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer** auszusprechen. **Unverantwortlicherweise fand dieser Antrag** bei den anderen im Landtag vertretenen Parteien **keine Zustimmung**.